

Beschluss der BAG Bildung

28.07.2026

Demokratiebildung stärken

Grüne Positionen zum Beitrag des Bildungsbereichs für eine wehrhafte, offene und gerechte Gesellschaft

Die Handreichung soll insbesondere grünen Akteur:innen und Entscheidungsträger:innen für die weiteren Schritte in der Fortentwicklung der Demokratiebildung in Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Adressat:innen	Kommunalpolitik, Landespolitik, Schulverwaltungen, Schulleitungen und Lehrkräfte, zivilgesellschaftliche und außerschulische Bildungsakteur:innen
Thema	Politische Bildung und Demokratiebildung – pädagogische Leitgedanken und Handlungsempfehlungen für Schule und Gesellschaft
Ziel	Orientierung und Entscheidungshilfen für eine verbindliche, wirksame und zeitgemäße Demokratiebildung

Präambel: Ziele der Demokratiebildung

Eine starke Demokratie braucht Menschen, die informiert sind, kritisch denken, Verantwortung übernehmen und sich einbringen. Diese Fähigkeiten sind nicht angeboren – sie müssen gelernt und immer wieder erprobt werden, und zwar von klein auf. Wer Demokratie stärken will, muss deshalb vor allem jungen Menschen echte Erfahrungsräume eröffnen: Nicht das Wissen über Institutionen allein bindet an die Demokratie, sondern die Erfahrung, sie selbst mitgestalten zu können.

Diese Aufgabe ist dringlicher denn je: Demokratiefeindliche Tendenzen wachsen, gerade im Vorfeld von Wahlen. Politische Bildung muss dem klar entgegenreten – mit Wissen über demokratische Institutionen und historisches Bewusstsein ebenso wie mit einer eindeutigen Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamismus, Frauenfeindlichkeit und LGBTQI-Feindlichkeit. Bildung ist nie neutral: Sie steht auf dem Boden des Grundgesetzes und der Menschenrechte – und das gilt es an Schulen aktiv zu vertreten, nicht nur zu vermitteln.

Antidemokratische Kräfte greifen die politische Bildung derzeit frontal an: Schulen, Lehrkräfte und Zivilgesellschaft werden verunsichert und zu einer vermeintlichen Neutralität gedrängt, die es gegenüber demokratiefeindlichen Positionen nicht geben darf – eine fatale Entwicklung. Dem setzen wir ein neues Selbstbewusstsein der politischen Bildung entgegen: ein klares Plädoyer für die Stärkung der Demokratie. Wir wollen Demokratie stärken – in den Schulen, mit den Schüler:innen, für die Schulgemeinschaft und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft. Das Ziel: eine wehrhafte Demokratie.

Deshalb müssen Schulen mehr sein als Orte, an denen über Demokratie gesprochen wird, sie müssen sie selbst leben: durch Mitbestimmung, offenen Streit und die Erfahrung, dass eigenes Handeln etwas bewirkt. Genau das ist der Anspruch von Bündnis 90/Die Grünen: Demokratiebildung verbindlich und strukturell in Schule und Gesellschaft zu verankern.

Politische Forderungen

- Demokratiebildung als verbindliches Ziel schulischer und gesellschaftlicher Entwicklung weiter stärken.
- Erfahrungsräume demokratischer Mitgestaltung, insbesondere für junge Menschen, dauerhaft ausweiten.

Der Beutelsbacher Konsens als fachliche Grundlage

Fachlicher und didaktischer Maßstab der politischen Bildung ist der Beutelsbacher Konsens. Seine drei Kerngebote, das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und die Schüler:innen- und Teilnehmendenorientierung, bilden die Basis jeder politischen Bildungsarbeit (<https://www.bne-portal.de/bne/de/news/politische-bildung-handreichungen-fuer-lehrkraefte.html>).

Überwältigungsverbot bedeutet, dass die selbstständige Urteilsbildung der Lernenden im Zentrum steht und Lehrkräfte ihren Schüler:innen nicht ihre Meinung aufdrängen dürfen. Kontroversitätsgebot heißt, dass Sachverhalte immer aus verschiedenen Perspektiven betrachtet, gleichzeitig allerdings verfassungs- und demokratiefeindliche Positionen als solche benannt werden müssen. Schüler:innenorientierung meint einen konsequenten Bezug zur Lebenswirklichkeit und den Interessen junger Menschen. Das bedeutet, dass es zur Aufgabe der Schule gehört, Lernende in die Lage zu versetzen, politische Situationen sowie die eigene Interessenlage zu analysieren und Wege auszumachen, über die sie eine gegebene Situation im Sinne ihrer Interessen beeinflussen können. Dies führt zur Stärkung ihrer Reflexions-, Urteils- und Handlungsfähigkeit. Demokratiebildung ist demnach überparteilich, aber niemals wertneutral: Sie erfordert eine klare demokratische Grundhaltung und das Eintreten für Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit. Eindeutig demokratiefeindliche, rassistische oder wissenschaftlich widerlegte Positionen müssen Lehrende stets einordnen, kritisieren und ihnen widersprechen.

Politische Forderungen

- Die klare Positionierung gegen demokratiefeindliche, rassistische und wissenschaftlich widerlegte Aussagen ist Teil des schulischen Bildungsauftrags.

1. Politische Bildung in der Schule gestalten

Eine demokratische Schule vermittelt Demokratiebildung in allen Fächern und im gesamten Schulalltag, für die gesamte Schulgemeinschaft und in allen Schulformen. Dafür braucht politische Bildung niedrigschwellige, lebensnahe und inklusive Zugänge, die auch junge Menschen erreichen, deren politische Teilhabe durch Armut, Diskriminierung, Behinderung, Sprachbarrieren oder Ausgrenzung erschwert ist. So kommen Schüler:innen durchs Wissen ins Handeln und erfahren Selbstwirksamkeit.

Zu den zentralen Inhaltsbereichen politischer Bildung, die verbindlich zu sichern sind, zählt zunächst die **Bildung für nachhaltige Entwicklung**: Sie befähigt junge Menschen, ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, Zielkonflikte zu erkennen und demokratisch über den Weg in eine gerechte Zukunft zu streiten.

Ebenso unverzichtbar sind **Erinnerungsarbeit**, historische Bildung und Gedenkstättenarbeit. Die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Shoah, Antisemitismus, Rassismus, Kolonialismus sowie mit der Geschichte der DDR und anderen Diktaturerfahrungen stärkt historisches Bewusstsein und macht die Verletzlichkeit von Demokratie deutlich. Sie befähigt junge Menschen, Ausgrenzung, Geschichtsrevisionismus und demokratiefeindlichen Ideologien in der Gegenwart entgegenzutreten. Dabei müssen im Unterricht alle Perspektiven und biografischen Erfahrungen Raum finden.

Zu einer zeitgemäßen Demokratiebildung gehört zudem **Europabildung**: Schüler:innen sollen Europa als Friedens-, Rechts- und Gestaltungsraum verstehen und erfahren, welche Bedeutung europäische Entscheidungen für ihren Alltag haben.

Eine Grundlage demokratischer Bildung ist die Stärkung demokratischer Teilhabe in **digitalen Öffentlichkeiten**. Junge Menschen müssen lernen, Informationen zu prüfen, Desinformation zu erkennen,

Quellen einzuordnen und sich respektvoll an öffentlichen Debatten zu beteiligen. Kritisches Urteilsvermögen ist Grundvoraussetzung demokratischer Teilhabe, analog wie digital.

Besondere Lerngelegenheiten bieten **Wahlen**. Das gilt umso mehr dort, wo rechtsextreme Parteien um Mehrheiten kämpfen. Juniorwahlen, Planspiele oder niedrigschwellige Wahlhilfen wie der Real-O-Mat helfen, Positionen zu vergleichen und Entscheidungsprozesse praktisch zu verstehen. Politische Bildung darf dabei nicht überwältigen, muss aber Kontroversen sichtbar machen und zu eigenständiger Urteilsbildung befähigen. Ein wichtiges Element der Auseinandersetzung mit Wahlen sind Gespräche mit Kandidat:innen. Die Teilnahme an schulischen Diskussionsveranstaltungen sollte nicht allein anhand der Zugehörigkeit zu einer Organisation oder eines Landesverbands beurteilt werden. Maßgeblich ist, ob die konkret eingeladene Person selbst durch extremistische Äußerungen, Positionen oder Aktivitäten in Erscheinung getreten ist. Eine Mitgliedschaft in einer Organisation oder einem Landesverband, für den keine behördliche Einstufung als extremistisch vorliegt, spricht grundsätzlich für die Möglichkeit einer Teilnahme. Umgekehrt kann eine Einladung auch dann ausgeschlossen sein, wenn die betreffende Person unabhängig von ihrer organisatorischen Zugehörigkeit selbst extremistische Positionen vertritt oder verbreitet. Schulleitung und Lehrkräfte haben die Aufgabe, die Schülerinnen aktiv bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen zu unterstützen und zu begleiten. Die kritische Einordnung kontroverser Positionen sowie die Chancengleichheit aller Teilnehmenden sind dabei unverzichtbare Voraussetzungen.

Politische Bildung gewinnt an Kraft, wenn sich Schule nach außen öffnet: Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und ehrenamtlichen Akteur:innen, etwa Jugendringen, Vereinen, Gedenkstätten, Umweltverbänden, Migrant:innenorganisationen oder kommunalen Parlamenten machen Demokratie vor Ort erfahrbar. Dazu gehört auch, Jugendpolitik konsequent mit jungen Menschen zu gestalten: Jugendforen, Jugendbeiräte, Schulparlamente, Beteiligungshaushalte oder kommunale Zukunftswerkstätten müssen verbindlich, zugänglich und wirksam sein. Junge Menschen sollen nicht nur angehört werden, sondern nachvollziehbar Einfluss nehmen können, auch durch erweiterte Entscheidungsbefugnisse von Schüler:innen.

Politische Forderungen

- Zentrale Inhaltsbereiche politischer Bildung, Nachhaltigkeit, Erinnerungsarbeit, Europabildung, Medien- und Demokratiekompetenz an Schule verbindlich umsetzen.
- Niedrigschwellige, inklusive Teilnehmungsformate für junge Menschen mit erschwertem Zugang zu politischer Teilhabe gezielt ausbauen und dauerhaft finanzieren.
- Wahlveranstaltungen an den Unterricht anbinden und umfangreich vor- und nachbereiten.

2. Schule als demokratischer Lebensort

Eine demokratische Schule ist zunächst eine Schule, deren Rahmenbedingungen von gewählten demokratischen Organen bestimmt werden. Sich damit auseinanderzusetzen, ist für Schüler:innen ein unmittelbar relevantes Feld politischer Bildung, das zu gesellschaftlichem und politischem Engagement führen kann, sowohl in der eigenen Klasse oder Schule als auch darüber hinaus in der Öffentlichkeit.

Zu einer demokratischen Schule gehört, dass sie in ihrem institutionellen und pädagogischen Handeln den verfassungsrechtlichen Vorgaben folgt: vom Menschenrecht auf Bildung für alle über die Prinzipien der

Chancengleichheit, Fairness und Achtung der Würde jedes Einzelnen bis zur gesetzlich garantierten Freiheit der Unterrichts- und Schullebengestaltung. Politische Bildung sollte Schüler:innen dazu befähigen, zu kritischen Wächter:innen dieser Werte an der eigenen Schule wie im Gesamtsystem zu werden, denn es gibt kein Neutralitätsgebot gegenüber demokratiefeindlichen Positionen.

Im Rahmen dieser Normen werden an Schulen täglich Entscheidungen getroffen, etwa zur Nutzung vorhandener Ressourcen, Formulierung in der Schulordnung oder zur Umsetzung inklusiver Maßnahmen. Diese werden in schulischen Gremien wie Schülervertretung, Schulkonferenz, Steuergruppen sowie Fach- und Klassenkonferenzen verhandelt, an denen Schüler:innen beteiligt sind und aus unserer Sicht in deutlich größerem Umfang beteiligt sein sollten. Schule als demokratischer Handlungsraum bedeutet:

- eine offene Schulkultur, die alle einbezieht und Mitbestimmung auf Augenhöhe ermöglicht,
- den transparenten Ausbau demokratischer Gremienarbeit zwischen Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern,
- die strukturelle Verankerung von Klassenräten und drittelparitätisch besetzten Schulparlamenten im Schulgesetz aller Bundesländer.

Politische Forderungen

- Klassenräte und drittelparitätisch (Eltern, Lehrer:innen, Schüler:innen) besetzte Schulparlamente gesetzlich im Schulgesetz aller Bundesländer verankern.
- Mitbestimmungsrechte von Schüler:innen in schulischen Gremien deutlich ausweiten.
- Gewählte Schülervertretung durch rechtzeitige Informationen und altersangemessene Unterstützung befähigen, ihr Amt auch kompetent auszuüben, wenn möglich durch Landesschülervertretungen oder durch Schulleitungen und Lehrkräfte.

3. Voraussetzungen für gute Demokratiebildung schaffen

Demokratiebildung ist ein zentraler Baustein zeitgemäßer Schulentwicklung und keine alleinige Aufgabe des Politikunterrichts. Demokratiebildung muss in jedem Unterrichtsfach Raum finden, dort fachlich sinnvoll verankert und verbindlich umgesetzt werden. Diesen Raum zu schaffen bedeutet, zeitliche und personelle Ressourcen bereitzustellen: Neben der inhaltlichen Anbindung an die Unterrichtsfächer braucht es mehr Zeit für Beziehungsarbeit, Debatte, soziales Lernen und wirksame Partizipation, insbesondere durch verlässliche Stundenkontingente für Klassenleitungen.

Jede Schule sollte, auch orientiert an bewährten Praxisbeispielen, ein eigenes verbindliches Konzept zur Demokratiebildung entwickeln, das regelmäßig überprüft und weiterentwickelt wird. Für Konzeption und Umsetzung braucht es klare Verantwortlichkeiten, etwa über Koordinationsstellen, sowie die Zusammenarbeit multiprofessioneller Teams unter Beteiligung von Schulsozialarbeit, weiteren Fachkräften und Schüler:innen.

Demokratiebildung muss zudem in der Lehrkräfteausbildung gestärkt werden, einschließlich der Sensibilisierung für jede Form von Diskriminierung. Schulleitungen brauchen Professionalisierung für partizipative Führung, Kollegien entsprechende Fortbildung. Dafür ist ein angemessenes, in Schulhoheit liegendes Qualifizierungsbudget nötig. Schulen sollten darüber hinaus gezielt durch Fortbildungen, Beratung und Begleitung, etwa durch außerschulische Partner:innen, unterstützt werden. Es muss

sichergestellt werden, dass Demokratiebildung in allen Referenzrahmen Schulqualität der Bundesländer verankert wird.

Politische Forderungen

- Verbindliche Stundenkontingente für Klassenleitungen und ein eigenständiges Demokratiebildungskonzept an jeder Schule sicherstellen.
- Demokratiebildung fest in Lehrkräfteausbildung, Fortbildung und im Referenzrahmen Schulqualität aller Bundesländer verankern.

4. Non-formale und informelle Demokratiebildung stärken

Demokratiebildung endet nicht an der Klassenzimmertür. Was Schule als demokratischer Lebens- und Handlungsraum anlegt, braucht verlässliche Resonanzräume außerhalb formaler Unterrichtsstrukturen: in Jugendverbänden, Vereinen, Initiativen, Gedenkstätten, Kulturorten, digitalen Räumen und im alltäglichen Miteinander. Gerade dort, wo junge Menschen freiwillig zusammenkommen, Verantwortung übernehmen und Gemeinschaft mitgestalten, wird Demokratie konkret erlebbar. Non-formale und informelle Demokratiebildung stärkt Selbstwirksamkeit, Teilhabe und demokratische Haltung und ist damit unverzichtbarer Teil politischer Bildung.

Deshalb müssen außerschulische Bildungsangebote, zivilgesellschaftliche Strukturen und Kooperationen zwischen Schulen und externen Partnern gezielt gestärkt, verlässlich finanziert und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden. Dazu zählen etwa „offene Stunden“ für vernetztes Lernen mit außerschulischen Partnern, der Ausbau politischer Bildung an Gedenkstätten und historischen Orten, Empowerment-Angebote für benachteiligte und gefährdete Gruppen, die demokratische Kontrolle sozialer Medien und anderer Online-Strukturen sowie die Nutzung des Rechtsanspruchs auf Ganzttag als zusätzlicher Raum für Demokratiebildung.

Politische Forderungen

- Außerschulische Träger und zivilgesellschaftliche Demokratiebildung dauerhaft und verlässlich finanzieren.
- Den Rechtsanspruch auf Ganzttag konsequent als zusätzlichen Raum für non-formale Demokratiebildung nutzen.

5. Gute Beispiele aus der Praxis

Eine starke Demokratie braucht starke politische Bildung – jetzt mehr denn je. Gerade im Vorfeld von Wahlen gilt es, junge Menschen zu befähigen, sich eine eigene, fundierte Meinung zu bilden und demokratisch zu handeln. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Bildung und insbesondere Demokratiebildung kein Randthema bleibt, sondern ins Zentrum schulischer und gesellschaftlicher Entwicklung rückt. Umsetzung und Wirkung entsprechender Maßnahmen sollen regelmäßig evaluiert und systematisch weiterentwickelt werden, etwa durch die Erfassung politischer Kompetenzen in repräsentativen Studien.

Folgende Praxisbeispiele aus verschiedenen Bundesländern können dabei als Orientierung dienen:

Diese Linksammlung wird laufend ergänzt. Wir freuen uns über weitere Hinweise und Praxisbeispiele.

Methoden und Formate für den Schulalltag

- „Democracy Fitness“ (Dänemark), Multiplikator:innenschulung für Bildungseinrichtungen: <https://www.boell-nrw.de/de/demokratie-fitness>
- „Jugend debattiert“ (weltweites Debattierformat): <https://www.jugend-debattiert.de/>
- Bildungs- und Jugendpartizipationsangebote von Germanwatch: <https://www.germanwatch.org/de/thema/bildung/projekte-und-aktionen>
- „Starke Lehrer – Starke Schüler“, Amadeu Antonio Stiftung: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/starke-lehrer-starke-schueler/>
- Netzwerk für Demokratie und Courage: <https://www.netzwerk-courage.de/>

Landeskonzepte, Rahmenwerke und Gremienstrukturen

- Schulparlamente in Drittelparität, Beispiel NRW: <https://www.qualis.nrw.de/erwachsenenbildung/elternmitwirkung-nrw/gremienarbeit/konferenzen/die-schulkonferenz>
- Referenzrahmen Schulqualität NRW – demokratische Gestaltung: <https://referenzrahmen-schulqualitaet.nrw.de/online-unterstuetzungsportal-oup/3schulkultur/33-demokratische-gestaltung>
- Handlungskonzept zur Stärkung demokratischer Schulentwicklung, Sachsen: https://www.politische.bildung.sachsen.de/download/24_Fortschreibung_Handlungskonzept_WwW.pdf
- Leitfaden Demokratiebildung, Baden-Württemberg: https://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/BP2016BW_ALLG_LP_LFDB
- Handlungsleitfaden gegen antidemokratisches Verhalten, Brandenburg: https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/broschuere_handungsleitlinien-fuer-schulleitungen-und-lehrkraefte-im-umgang-mit-antidemokratischen-verhaltensweisen.pdf
- Beteiligungsprozess Bildungsland 2035, Sachsen-Anhalt: <https://mb.sachsen-anhalt.de/ministerium/beteiligungsprozess-bildungsland-sachsen-anhalt-2035>
- UNESCO-Projekt „Transforming Futures“: <https://www.unesco.org/en/sustainable-development/education/transforming-futures>

Beispiel eines Landes-Unterstützungssystems: Rheinland-Pfalz

- Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: <https://bildung.rlp.de/demokratie/>
- Koordinierungsstelle für schulische Demokratiebildung, Modellschulen für Partizipation und Demokratie: <https://bildung.rlp.de/demokratie/kontakt>
- Hospitationsschulen Partizipation und Demokratie, RLP: <https://bildung.rlp.de/hospitation/angebote/partizipation-demokratie>
- Fortbildungen zur Demokratiebildung, RLP: <https://bildung.rlp.de/demokratie/fortbildungen>
- Koordinierungsstelle für Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen, RLP: <https://bildung.rlp.de/demokratie/themen/foerdermoeglichkeiten/gedenkstaettenfahrten-und-zeitzeugenbegegnungen>
- Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz: <https://www.demokratietag-rlp.de/>

- Leitlinien zur Demokratiebildung im Vorbereitungsdienst, RLP:
https://bildung.rlp.de/fileadmin/user_upload/studienseminar.rlp.de/0_Bilder_Dateien-LPA/Demokratiebildung_im_Vorbereitungsdienst.pdf

Politische Kernbotschaft

Demokratiebildung ist kein Randthema und kein Verwaltungsakt – sie ist eine Grundbedingung wehrhafter, offener und gerechter Demokratie. Sie entscheidet mit darüber, ob junge Menschen Demokratie nur kennen oder sie als eigene Erfahrung leben und mitgestalten.

Grüne Bildungspolitik heißt: Demokratiebildung verbindlich verankern, Schulen als gelebte demokratische Räume stärken und jungen Menschen echte Mitgestaltung ermöglichen.